

EXTREMISTEN

Aufmarsch gegen Wehrmachtsausstellung

Auf der letzten Station der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg rechnet die Polizei in Hamburg mit schweren Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten. Der Verfassungsschutz erwartet, daß 3000 Linksextremisten auf 2000 Neonazis treffen werden.

Beide Seiten, so Hamburgs Verfassungsschutzchef Reinhard Wagner, hätten Gründe, ihre Stärke zu demonstrieren. Für die Linksextremisten gelte es, ihre Schlagkraft zu beweisen, da es ihnen seit den ersten Krawallen zur Ausstellung in München im Februar 1997 nie gelungen sei, den Aufmarsch der Rechten zu verhindern. Für die Rechtsextremisten sei es, so Wagner, „eine Frage der Ehre“, weil in Hamburg die Neonazi-Anführer Thomas Wulff und und Christian Worch die Aktionen gegen die Ausstellung bundesweit organisieren.

Die Ausstellung, die vom Hamburger Institut für Sozialforschung, dem der Mäzen Jan Philipp Reemtsma vorsteht, vor vier Jahren begründet worden ist, war bisher in 31 Städten zu sehen. Sie belegt die Verstrickung der deutschen Wehrmacht in den Holocaust. Zuletzt war es in Saarbrücken zu einem Bombenanschlag gekommen. Die Hamburger Innenbehörde hat zwei Demonstrationen, die vom „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ und von dem

linken „Hamburger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus“ für diese Woche angemeldet wurden, zunächst verboten. Beide Seiten kündigten Rechtsmittel an. Der Polizei fehlen nach internen Einschätzungen mindestens zehn Hundertschaften, um die Lage unter Kontrolle zu halten. Ein Brandanschlag auf drei Reisebusse eines Unternehmens, das Neonazis zu Demos gefahren hatte, sowie 40 Farbschmiereien auf



Auseinandersetzung um die Wehrmachtsausstellung (1997 in München)

Kriegsdenkmälern in Hamburg lassen auf ein hohes Gewaltpotential schließen.

Die Ausstellung geht nach der Station in Hamburg auf einen Verein über, dem unter anderen Bundesinnenminister Otto Schily und der Präsident des Bundesarchivs Friedrich Kahlenberg angehören. Sie soll dann in Amerika zu sehen sein.

MINISTER

Teure Sonderwünsche

Weil sie mit den Planungen ihrer Vorgänger nicht zufrieden sind, haben einige Bundesminister Umbauten für ihre künftigen Häuser in Berlin angeordnet. So verlangt Arbeitsminister Wal-

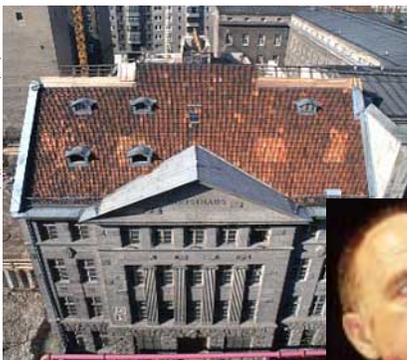
ter Riester (SPD) einen Extra-Fahrstuhl zwischen dem zweiten Obergeschoß, in dem sein Büro liegen wird, und dem dritten Obergeschoß, in dem die vier Staatssekretäre unterkommen sollen. Die Benutzung zweier Fahrstühle in der Nähe scheint den Staatsdienern unzumutbar, denn sie müßten dann durch eine Glastür gehen, die ihren Leitungsbereich vom Rest des Ministeriums trennt. Eine geplante Treppe im Cheftrakt sei nicht behindertengerecht, rechtfertigt ein Sprecher die geschätzten Mehrausgaben in sechsstelliger Höhe: „Es könnte ja mal ein behinderter Abgeordneter den Minister besuchen wollen.“

An verscherte Gäste will auch Innenminister Otto Schily (SPD) gedacht haben, als er wünschte, im Neubau den Lift vom 12. in den 13. Stock zu verlängern. Tatsächlich mißfielen ihm die eher spartanischen Pläne seines Vorgängers Manfred Kanther. Gesamtkosten aller Umbauten: 1,3 Millionen Mark.

ESCHEDA-UNGLÜCK

Protokolle beschlagnahmt

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg hat im Zusammenhang mit dem ICE-Unglück von Eschede erneut Unterlagen bei der Deutsche Bahn AG sichergestellt. Am vergangenen Donnerstag beschlagnahmten die Ermittler in Berlin Dutzende Protokolle über Sitzungen des Bahn-Vorstands aus den vergangenen Jahren. Eine Woche zuvor waren bereits in der Frankfurter Bahn-Zentrale Unterlagen sichergestellt worden. Die Staatsanwaltschaft will klären, wer für den Einsatz eines nach Gutachter-Meinung für den Hochgeschwindigkeitsverkehr nicht tauglichen Radreifens verantwortlich ist. Der Bruch eines solchen Radreifens führte am 3. Juni 1998 zur Katastrophe von Eschede, bei der 101 Menschen starben.



Zukünftiges Arbeitsministerium in Berlin, Riester

